

Kurzmeldungen 12/08

EU-Gipfel

Auf dem EU-Gipfel beschlossen die Regierungen der EU Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie und für osteuropäische Kraftwerke.

Die gescheiterte EU-Verfassung von Lissabon soll erneut bis Ende Oktober 2009 in Irland zur Abstimmung gestellt werden. Die Iren bekommen zusätzlich die Zusicherung, dass Kernbereiche ihrer Politik bei Steuern, Neutralität und Abtreibungsrecht autonom bleiben sollen. Die EU-Kommission soll künftig nicht verkleinert werden. Jedes Land entsendet auch in Zukunft einen Kommissar nach Brüssel.

Quelle: dpa, 11. + 12.12.08

Zulassung von verunreinigtem Saatgut

Der EU Agrarministerrat fordert erneut die Einführung von Verunreinigungs-Grenzwerte von „herkömmlichem Saatgut“. Vor allem die Vertreter Großbritanniens drängen darauf, möglichst hohe Grenzwerte zu ermöglichen. Damit wird erneut versucht, das gegenwärtig vorgeschriebene Reinheitsgebot für Saatgut aufzuweichen. Die neue Landwirtschaftsministerin, Ilse Aigner (CSU) hat sich bisher auf EU-Ebene nicht für ein Reinheitsgebot beim Saatgut eingesetzt.

Quelle: saveourseeds.org, 4.12.08

Schäuble will neue Abstimmungsregeln im Bundesrat

Bundesinnenminister Schäuble (CDU) will nach seiner Niederlage im Streit um das BKA-Gesetz neue neue Abstimmungsregeln für den Bundesrat einführen. Inzwischen haben sich SPD-Fraktionschef Peter Struck und Bundespräsident Horst Köhler dem Vorschlag Schäubles angeschlossen.

Danach sollen die Enthaltungen einzelner Länder im Bundesrat künftig nicht mehr als Nein-Stimmen gewertet werden. Dafür wäre eine Verfassungsänderung nötig.

Quelle: tagesschau.de, 12.12.08

illegaler Datenhandel

Nachdem in den letzten Monaten der Datenskandal und Abhörskandal der Deutschen Telekom aufgedeckt wurde, wurde bekannt daß auf dem Schwarzmarkt neben den persönlichen Daten auch die Bankdaten und teilweise auch deren Vermögenslage von 21 Millionen Bundesbürgern im Umlauf befinden. Es müsse damit gerechnet werden, dass bei drei von vier deutschen Haushalten unberechtigt Geld von ihrem Konto abgebucht wird.

Quelle: silicon.de, 8.12.08

Imker warnen vor weiterem Bienensterben

Die Imker in Deutschland warnen vor einem weiteren Bienensterben. Der Deutsche Imkerbund und der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund fordern von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) ein Verbot bestimmter Pestizide. Der immer größere Einsatz von Giften und Agro-Gentechnik führe weltweit zu einem großen Bienensterben.

Die Verbände werfen Wissenschaftlern vor, die Probleme wegen einer zu engen Verflechtung mit Wirtschaftsinteressen und Behörden zu ignorieren.

Quelle: dpa, 4.12.08

EPA lehnt Patent auf menschliche Stammzellen ab

Das Europäische Patentamt in München lehnte in einer Grundsatzentscheidung ein Patent auf menschliche Stammzellen ab. Demnach dürfen solche Stammzellkulturen, die nur mittels Zerstörung menschlicher Embryonen gewonnen werden können, in Europa kein Patent erhalten. Der Beschluss des Patentamtes ist der Schlusspunkt in einem 13-jährigen Verfahren. Das Patent war bereits 1995 angemeldet worden.

Quelle: dpa, 27.11.08

EU-Agrarsubventionen

In den EU-Verhandlungen um die Kürzung der milliardenschweren EU-Agrarsubventionen soll eine schrittweise Kürzung der Direktbeihilfen um 5% bis 2012 angestrebt werden. Die deutschen Bauern wären mit gut 225 Millionen Euro betroffen. Bereits jetzt ist eine Umschichtung von 5 Prozent beschlossen.

Großbauern mit einem Direkt-Einkommen von mehr als 300 000 Euro sollen zusätzlich um 4% gekürzt werden. Die Milchquote soll von 2009 bis 2013 jährlich um 1 Prozent erhöht werden. 2010 und 2012 soll es eine Überprüfung dieses Beschlusses geben.

Quelle: dpa, 20.11.08

Feldvögel werden weniger

Feldlerche, Rebhuhn und andere Wiesenvögel werden nach Beobachtung von Naturschützern immer seltener. Die ehemals häufigen Vogelarten seien Opfer der modernen Landwirtschaft in Deutschland und den meisten anderen EU-Staaten, teilte der Umweltverband BirdLife International in Brüssel mit. Die Vogelschützer legten einen Bericht zur Bestandsentwicklung weit verbreiteter Vogelarten in 21 Ländern der EU vor. Die Zahl einst häufigen Feldvögel haben seit 1980 um durchschnittlich 50% abgenommen. Die westlichen Mitgliedsländer der EU sind den Angaben zufolge stärker betroffen als die östlichen Länder, die der Europäischen Union erst 2004 oder 2007 beitraten. Experten führen diesen Unterschied auf die schon seit längerem viel höhere Intensität der Landbewirtschaftung im Westen der EU zurück.

Nach Auffassung des NABU kann die fortschreitende Verarmung der Kulturlandschaft nur gestoppt werden, wenn die EU-Agrarförderung konsequenter und wirksamer mit ökologischen Standards verknüpft wird. In Zukunft sollten nur noch diejenigen Bauern Subventionen erhalten, die ökologische Leistungen erbringen, sagte Miller. Sie müssten auf Grünlandumbruch verzichten und sowie zehn Prozent ökologische Flächen wie Hecken oder Buntbrachen bereitstellen.

Quelle: dpa, 2.12.08

Ozeanische Todeszonen

Der Klimawandel führt zu einem drastischem Sauerstoffschwund in den Ozeanen. Ein Forscherteam des Kieler Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften kommt zum Schluss, dass es durch den Klimawandel immer mehr Todeszonen in den Ozeanen geben wird. Neben der zunehmenden Versauerung der Ozeane werden sich zukünftig auch die sauerstoffarmen Zonen deutlich ausbreiten. In diesen Zonen wird kein höheres Leben mehr möglich sein, schließen die Forscher.

"Das CO₂ wirkt wie ein Dünger an der Meeresoberfläche. Das marine Plankton wird immer kohlenstoffreicher und zehrt damit beim Abbau mehr Sauerstoff als die herkömmliche proteinreiche Biomasse. Die starke Abnahme der Sauerstoffkonzentrationen in einigen hundert Metern Tiefe ist schließlich auf den bakteriellen Abbau absinkenden organischen Materials zurückzuführen", so der Forscher.
Quelle: sonnenseite.de, 22.11.08

BVerfG zu Atommüllzwischenlagern

Das Bundesverfassungsgericht entschied, daß Atommüll-Zwischenlager an AKW-Standorten zulässig sind und wiesen die Klagen dagegen ab.

Damit billigte das Gericht das mit dem Atomausstieg beschlossene Konzept, wonach Atommüll nicht mehr in den zentralen Zwischenlagern Ahaus und Gorleben aufbewahrt wird, sondern dezentral an den Standorten der Atomkraftwerke.

Hinzunehmen sei ein gewisses Restrisiko. Ob dies auch vor dem Hintergrund eines fehlenden umfassenden Endlagerungskonzepts gelte, „diese Frage zu beantworten obliegt indessen nicht dem Bundesverfassungsgericht“, heißt es in der Entscheidung.

Quelle: dpa, 27.11.08